

C·K·S·S

Carlé · Korn · Stahl · Strahl
Rechtsanwälte und Steuerberater
Fachanwälte für Steuerrecht


Highlights aus der Steuergesetzgebung

**Vortrag am 24. Juni 2021 im Rahmen des
Sommersymposiums in Berlin**

Steuerberater Dr. Martin Strahl

Inhaltsübersicht

- I. **Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuergesetzes: Option und Sonderbetriebsvermögen**
- II. **Fondsstandortgesetz: Erleichterungen zur erweiterten Gewerbesteuerkürzung**
- III. **Steueroasen-Abwehrgesetz: Aufwandsabzugsverbot**
- IV. **Gesetz zur Änderung des GrEStG: Anwendungsregelungen**
- V. **Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz - Trouvaillen**
- VI. **Bürokratieabbau im Steuerrecht**



I. Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuergesetzes: Option und Sonderbetriebsvermögen

I. Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuergesetzes: Option und Sonderbetriebsvermögen

verabschiedet in zweiter und dritter
Lesung durch den Deutschen
Bundestag am 21.5.2021 (BT-Drucks.
19/29843 v. 19.5.2021)

Tagesordnungspunkt der Sitzung des
Bundesrates am 25.6.2021

Kernnorm: § 1a KStG: Option von Personenhandels- und Partnerschaftsgesellschaften zur KSt.

bei thesaurierenden
Personengesell-
schaften grds.
Verminderung der
Steuerlast

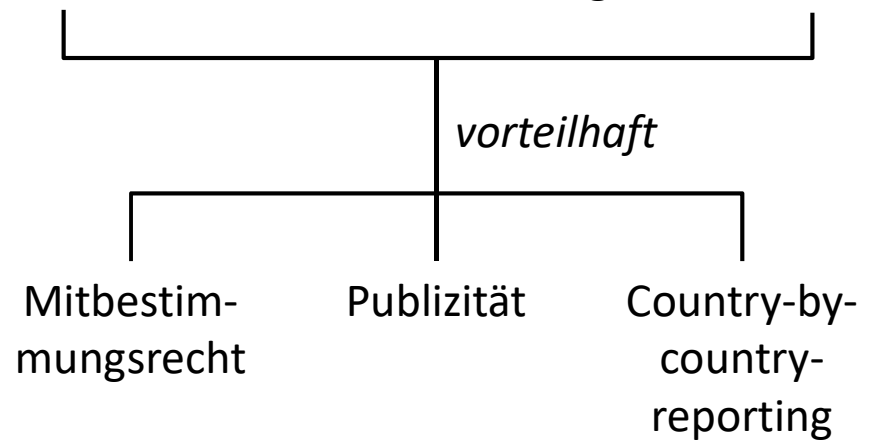
bei (voll-)ausschüt-
tenden Personen-
gesellschaften:
Verminderung der
Steuerlast ab einem
Gewerbesteuersatz
von 350 %

Option bedingt:
▷ Bilanzierungs-
pflicht
▷ Gewerbebetrieb
kraft Rechtsform

↓
GewSt.

I. Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuergesetzes: Option und Sonderbetriebsvermögen

Gesellschaft, die für Zwecke der Besteuerung nach dem Einkommen
– aber auch verfahrensrechtlich – „wie eine Kapitalgesellschaft“ zu
behandeln ist, bleibt **zivilrechtlich eine Personengesellschaft**



- ▷ offen ist, ob § 1a KStG den Weg für eine **gemeinnützige Personengesellschaft** eröffnet
- ▷ offen ist, ob **Gewinnabführungsvertrag** mit optierender **Personengesellschaft** als denkbarer Organgesellschaft geschlossen werden kann

I. Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuergesetzes: Option und Sonderbetriebsvermögen

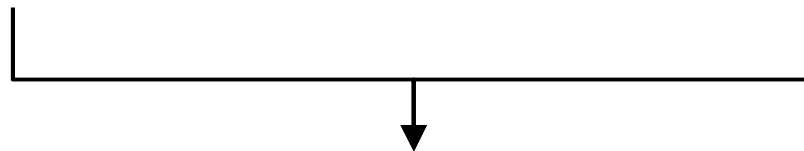
Antrag gem. § 1a KStG ist von dem oder den **vertretungsberechtigten Gesellschafter(n)** bei dem für die Gewinnfeststellung zuständigen FA zu stellen



Antragsfrist: Spätestens einen **Monat vor Beginn des Wj.**, für das die Option erstmals gelten soll, nach amtlich vorgeschriebenem Datensatz durch Datenfernübertragung → erstmals für den **VZ 2022**



Optionsrecht besteht nur **gesellschafts-**, nicht **gesellschafterbezogen** („alle oder keiner“)
– anders als § 34a EStG

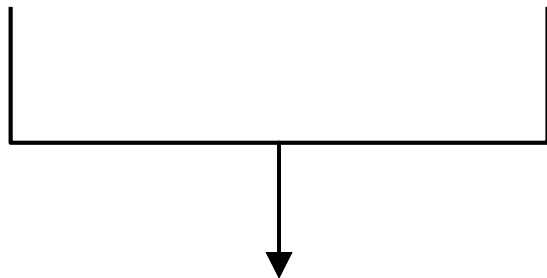


fremdbestimmte Steuerwirkung; ohne abweichende Regelung im Gesellschaftsvertrag steht jedem Gesellschafter ein Vetorecht zu

I. Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuergesetzes: Option und Sonderbetriebsvermögen

Option bewirkt rechtstechnisch einen fiktiven Formwechsel (§ 25 UmwStG), dem eine **fiktive Einbringung** folgt (§ 20 UmwStG)

Ⓟ Durch die Option **entfällt** systembedingt die Qualifikation überlassener WG als **SBV**



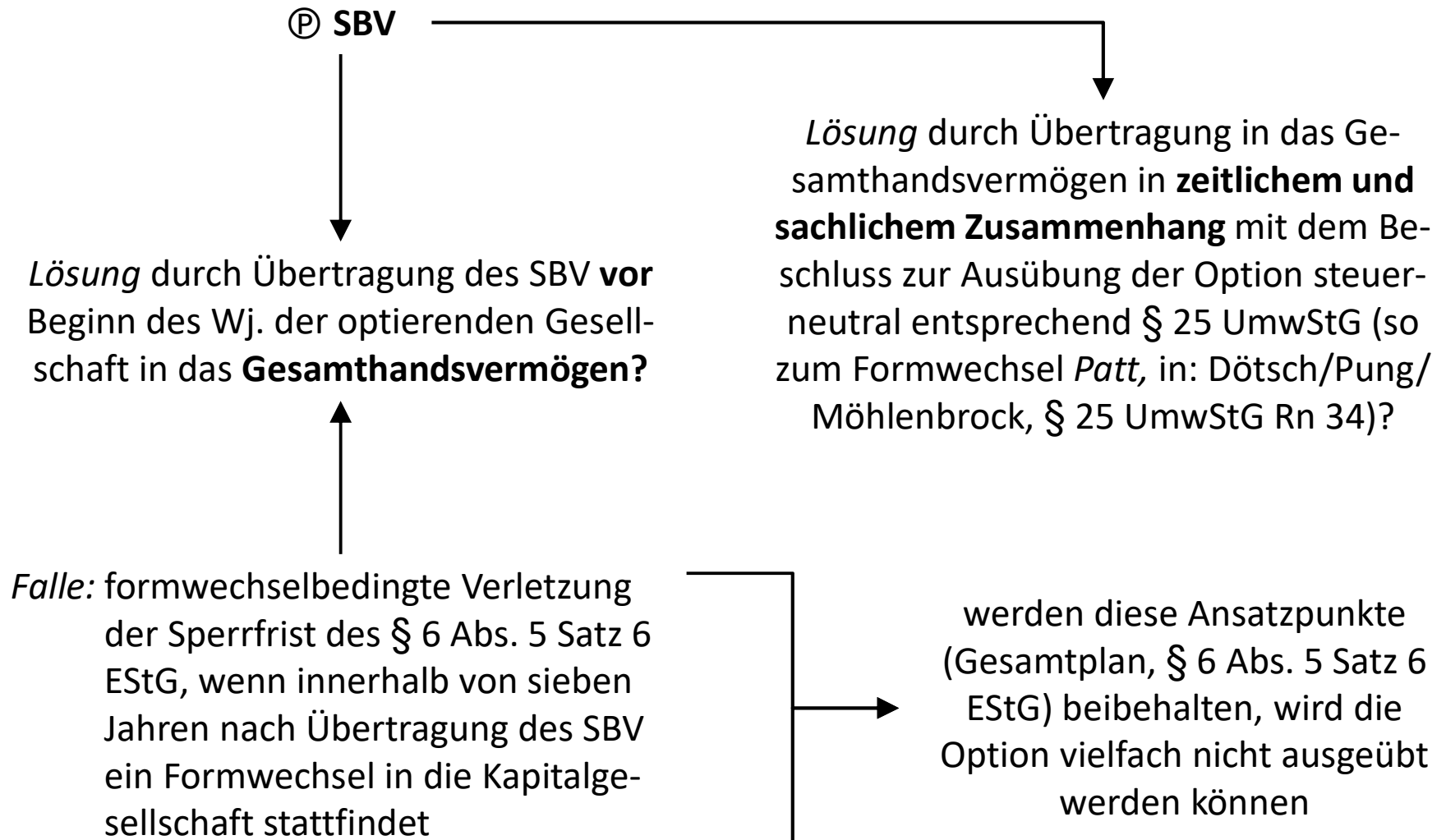
Zwangsentnahme, sofern nicht die Voraussetzungen einer Betriebsaufspaltung vorliegen

Optionshindernis: Wird funktional wesentliches SBV nicht miteingebracht, liegen die Voraussetzungen des § 20 UmwStG nicht vor

↳ Aufdeckung **sämtlicher stiller Reserven** im gesamten **Mitunternehmeranteil**

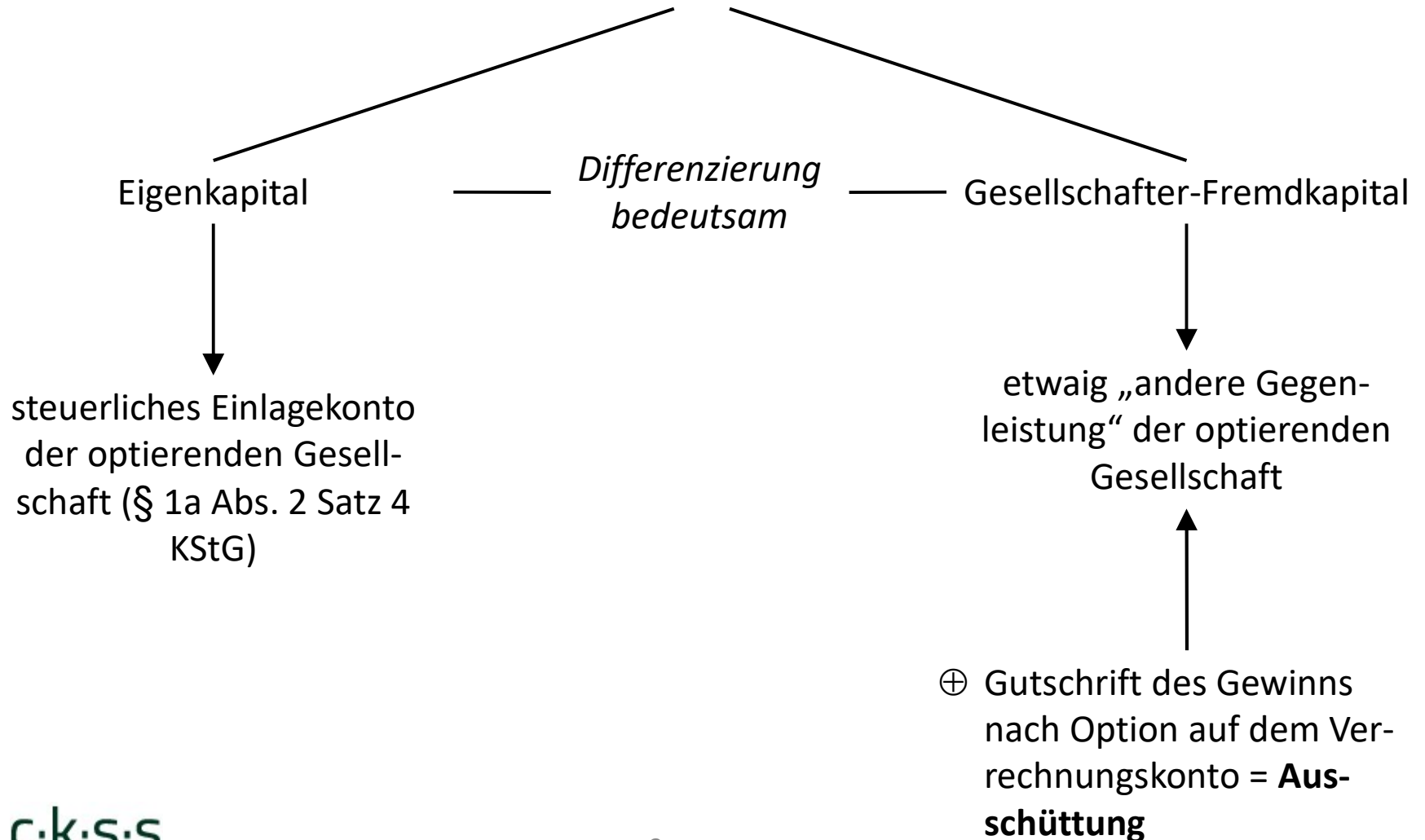
soll zur Vermeidung der Zwangsentnahme SBV von der Option in eine gewerblich geprägte Personengesellschaft **ausgliedert** werden, soll – anders als bei § 6 Abs. 3 EStG – von einem **schädlichen Gesamtplan** ausgegangen werden

I. Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuergesetzes: Option und Sonderbetriebsvermögen

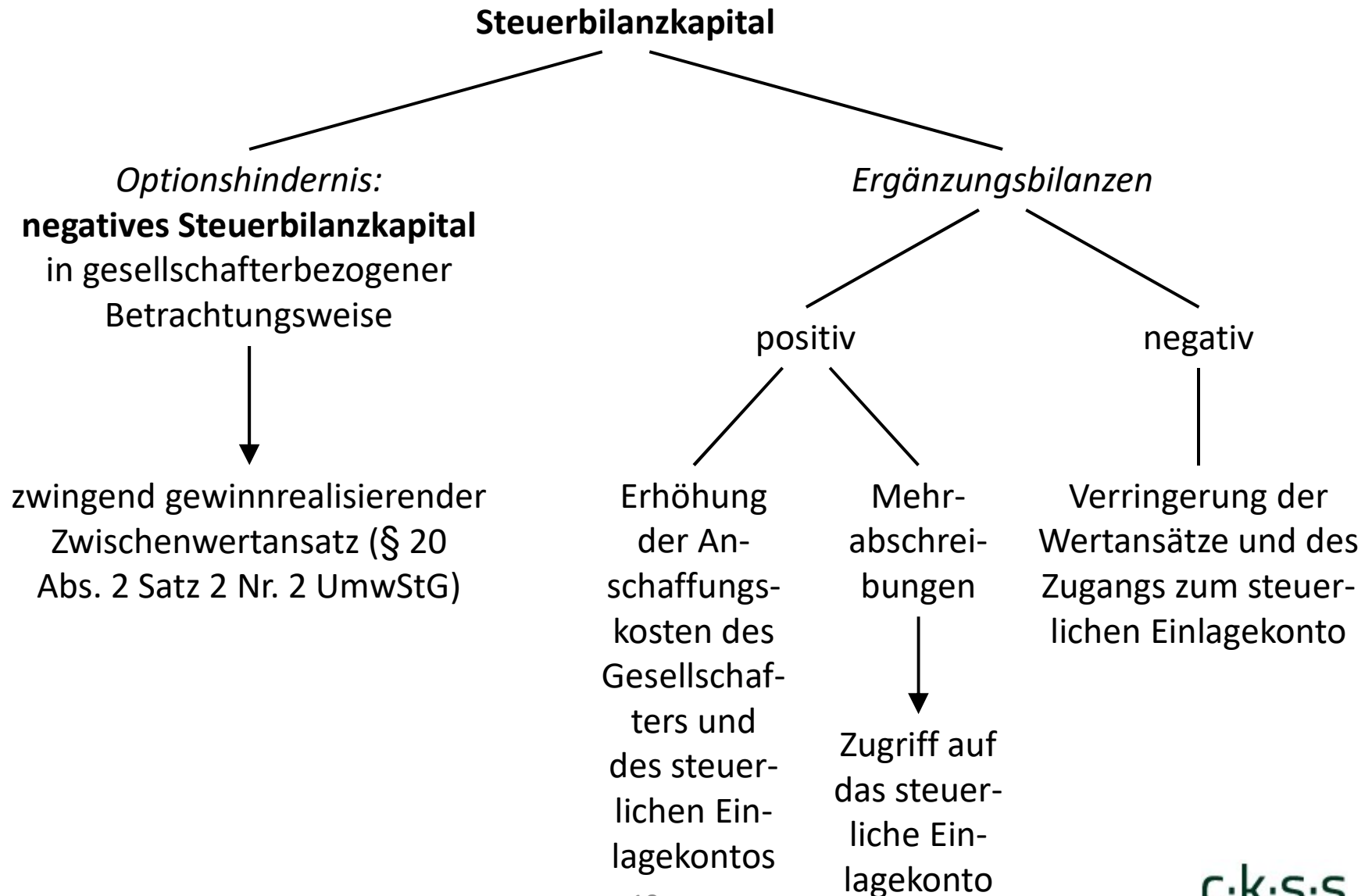



I. Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuergesetzes: Option und Sonderbetriebsvermögen

Weiterer wichtiger Aspekt: **Steuerbilanzkapital** der Mitunternehmerschaft



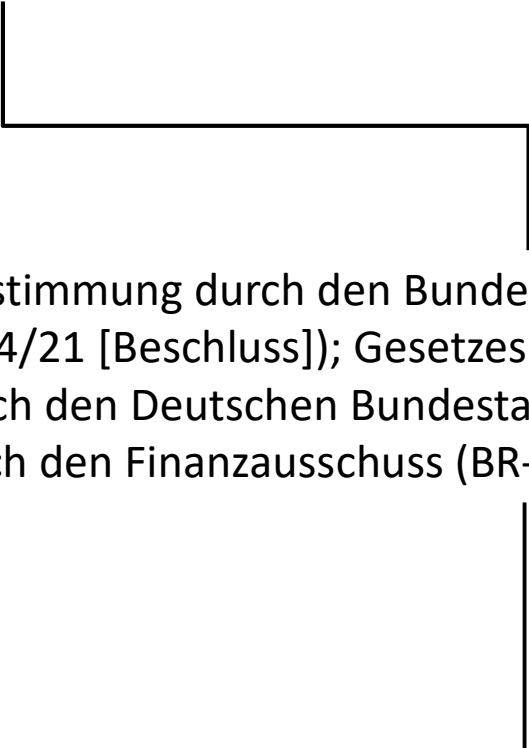
I. Gesetz zur Modernisierung des Körperschaftsteuergesetzes: Option und Sonderbetriebsvermögen





II. Fondsstandortgesetz: Erleichterungen zur erweiterten Gewer- besteuerkürzung

II. Fondsstandortgesetz: Erleichterungen zur erweiterten Gewerbesteuerkürzung



Zustimmung durch den Bundesrat am 28.5.2021 (BR-Drucks. 354/21 [Beschluss]); Gesetzesbeschluss zuvor am 22.4.2021 durch den Deutschen Bundestag idF der Beschlussempfehlung durch den Finanzausschuss (BR-Drucks. 19/28868 v. 21.4.2021)

Umwälzendes zur erweiterten Gewerbesteuerkürzung nach § 9 Nr. 1 Satz 2 ff. GewStG

II. Fondsstandortgesetz: Erleichterungen zur erweiterten Gewerbesteuerkürzung

Erweiterte Kürzung gem. § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG bei Grundbesitzverwaltung

begünstigte Tätigkeit:
ausschließliche
Nutzung und Verwaltung
eigenen Grundbesitzes

kein Ausschlusstatbestand
nach § 9 Nr. 1 Satz 5
oder Satz 6 GewStG

↑
auf Antrag kann der
Gewerbeertrag **um den
Teil gekürzt** werden, der
auf die Verwaltung und
Nutzung des eigenen
Grundbesitzes entfällt

↓
erlaubte Tätigkeit:
Verwaltung und Nutzung
eigenen Kapitalvermögens,
die Betreuung von
Wohnungsbauten sowie
die Errichtung und den
Verkauf von Ein- und
Zweifamilienhäusern,
Eigentumswohnungen
und Teileigentum

||
Erträge aus den erlaubten
Tätigkeiten schließen die
erweiterte Kürzung nicht
aus, sind von dieser
aber **nicht erfasst**

↘
nicht erlaubte Tätigkeit:

Beteiligung an gewerblichen
Personengesellschaften

Mitvermietung von
Betriebsvorrichtungen

jede andere gewerbliche
Tätigkeit, auch solche von nur
untergeordneter Bedeutung

↓
schädliche Tätigkeiten führen
zur **Versagung der erweiterten
Kürzung**, es sei denn, die
Nebentätigkeit ist zwingend
erforderlicher Teil einer wirt-
schaftlich sinnvoll gestalteten
Grundstücksverwaltung/-nutzung

II. Fondsstandortgesetz: Erleichterungen zur erweiterten Gewerbesteuerkürzung

Erweiterte Kürzung gem. § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG bei Grundbesitzverwaltung

nur in ganz besonders gelagerten Ausnahmefällen **unschädlich**, wenn sie in **qualitativer Hinsicht** zwingend notwendig für eine wirtschaftlich sinnvolle Nutzung eigenen Grundbesitzes und außerdem in quantitativer Hinsicht unbedeutend sind

BFH-Urt. III R 34/17: zur Vermeidung der Mitvermietung schädlicher Betriebsvorrichtungen sind **vertragliche Regelungen anzuerkennen**, sofern diese nach den beiderseitigen und nicht nur zum Schein getroffenen Absprachen von Beginn an im **wirtschaftlichen Eigentum des Mieters** stehen

nicht erlaubte Tätigkeit:

Beteiligung an gewerblichen Personengesellschaften

Mitvermietung von Betriebsvorrichtungen

jede andere gewerbliche Tätigkeit, auch solche von nur untergeordneter Bedeutung

schädliche Tätigkeiten führen zur **Versagung der erweiterten Kürzung**, es sei denn, die Nebentätigkeit ist zwingend erforderlicher Teil einer wirtschaftlich sinnvoll gestalteten Grundstücksverwaltung/-nutzung

II. Fondsstandortgesetz: Erleichterungen zur erweiterten Gewerbesteuerkürzung

Erweiterte Kürzung gem. § 9 Nr. 1 Satz 2 GewStG bei Grundbesitzverwaltung

- ▷ **Urt. FG Berlin-Brandenburg v. 29.10.2019 – 8 K 8045/19 (rkr.):**
Versorgung auch **angrenzender Grundstücke** eines anderen Eigentümers mit **Fernwärme** als schädliche gewerbliche Tätigkeit

Zur Abgrenzung:
Vfg. des Landesamts für Steuern Nieders. v. 15.5.2021 – G 1425 – 50 – St 251:
Fernwärmeversorgung **eigener Grundstücke** als notwendiger Teil einer wirtschaftlich sinnvoll gestalteten eigenen Grundstücksverwaltung und -nutzung kürzungsunschädlich
- ▷ **Urt. FG Münster v. 21.1.2021 – 6 K 1384/18 G, F (Rev. unter IV R 6/20 anhängig):**
Einnahmen aus **Adventsmärkten** zwischen 7.100 € und 8.000 € (Spende der Reinerlöse); Erlöse aus Grundstücksverwaltung zwischen 610.800 € und 1.118.000 €



nicht erlaubte Tätigkeit:

Beteiligung an gewerblichen Personengesellschaften

Mitvermietung von Betriebsvorrichtungen

jede weitere gewerbliche Tätigkeit, auch solche von nur untergeordneter Bedeutung

schädliche Tätigkeiten führen zur **Versagung der erweiterten Kürzung**, es sei denn, die Nebentätigkeit ist zwingend erforderlicher Teil einer wirtschaftlich sinnvoll gestalteten Grundstücksverwaltung/-nutzung

II. Fondsstandortgesetz: Erleichterungen zur erweiterten Gewerbesteuerkürzung

Neuregelungen durch das Fondsstandortgesetz mit Wirkung ab dem EZ 2021

Lieferung von Strom i.V.m. der Vermarktung
und Nutzung eigenen Grundbesitzes

aus dem Betrieb von Anlagen zur Stromversorgung aus erneuerbaren Energien iS des § 3 Nr. 21 EEG

aus dem Betrieb von Lade-
stationen für Elektrofahr-
zeuge oder Elektrofahr-
räder

Einnahmen dürfen nicht aus Lieferungen an Letztverbraucher stammen, es sei denn, diese sind Wohnungsmieter des Anlagebetriebs

Einnahmen dürfen im Wj. nicht höher als **10 %** der Einnahmen aus der Gebrauchsüberlassung des Grundbesitzes sein

Nebeneinnahmen aus unmittelbaren Vertragsbeziehungen mit dem Mieter des Grundbesitzes aus anderen als den in § 9 Nr. 1 Satz 2 Nr. 1 und 2 GewStG bezeichneten Tätigkeiten

Einnahmen dürfen im Wj. nicht höher als **5 %** der Einnahmen aus der Gebrauchsüberlassung des Grundbesitzes sein

II. Fondsstandortgesetz: Erleichterungen zur erweiterter Gewerbesteuerkürzung


Weitere maßgebliche Änderungen

Steuerfreistellung für **Arbeitnehmerbeteiligungen** nach § 3 Nr. 35 EStG wird mit Wirkung ab dem 1.7.2021 von 360 € auf **1.440 €** erhöht

nachgelagerte Besteuerung steuerpflichtiger Arbeitnehmerbeteiligungen
(§ 19a EStG)

Gründung des AG-Unternehmens darf 12 Jahre zurückliegen

AG kann im Zeitpunkt der Hingabe der Vermögensbeteiligung Sachbezugswert für Zwecke der späteren Besteuerung im Wege der Anrufungsauskunft (§ 42e EStG) fortzuschreiben lassen



III. Steueroasen-Abwehrgesetz: Aufwandsabzugsverbot

III. Steueroasen-Abwehrgesetz: Aufwandsabzugsverbot

verabschiedet in zweiter
und dritter Lesung durch
den Bundestag am 10.6.2021

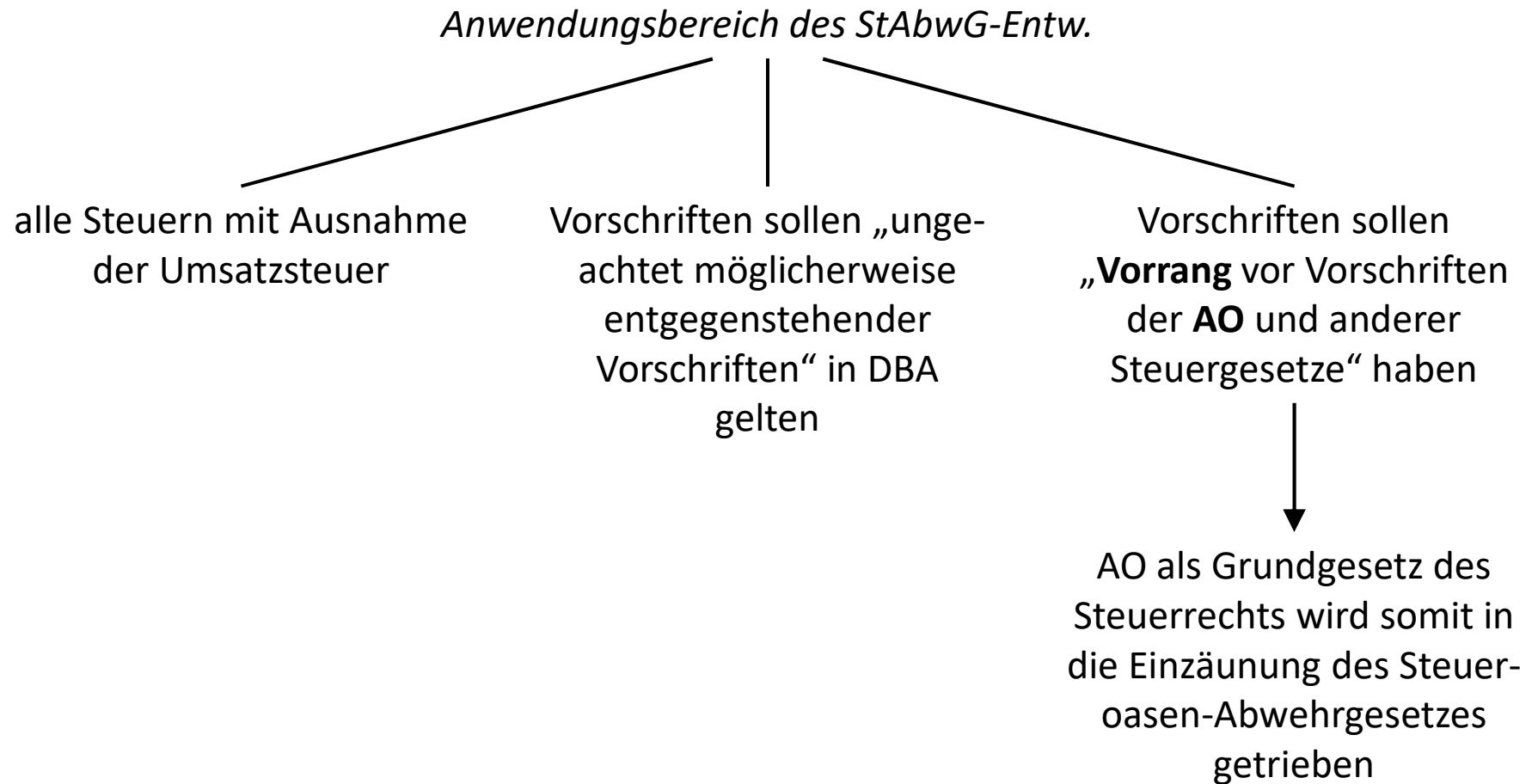
Aufwendungen aus Geschäftsbeziehungen zu natürlichen Personen, Körperschaften oder Vermögensmassen in einem **nicht kooperativen Steuerhoheitsgebiet** (Benennung im Amtsblatt der EU) dürfen den Gewinn oder den Überschuss der Einnahmen über die Werbungskosten nicht mindern

Steuerbefreiungen oder Steuerermäßigungen für Gewinnausschüttungen (§ 8b KStG, § 3 Nr. 40 EStG) sind nicht anzuwenden

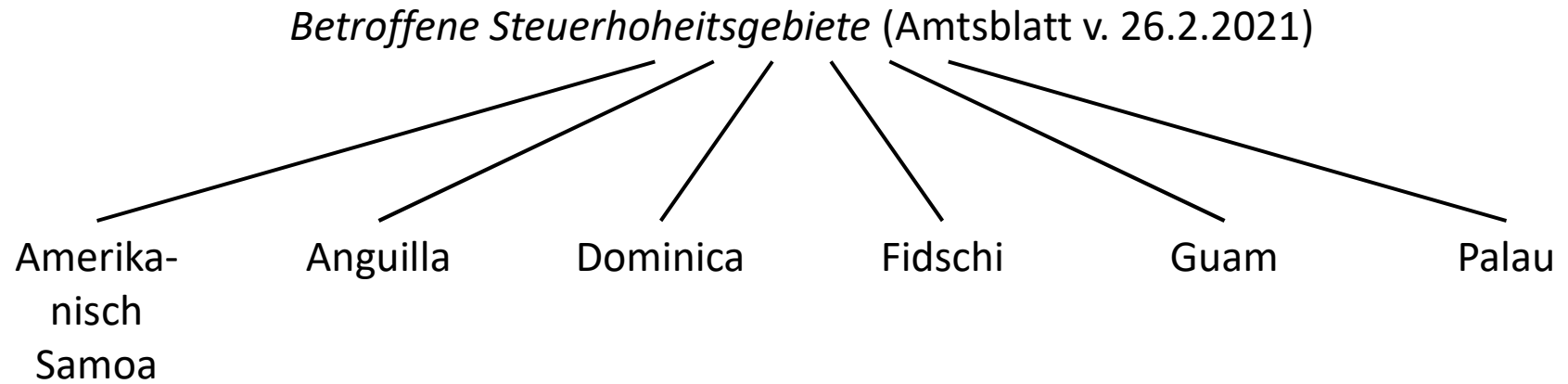
Mitwirkungspflichten nach § 90 AO für betroffene Fälle werden erhöht

grundsätzliche Anwendbarkeit ab dem 1.1.2022

III. Steueroasen-Abwehrgesetz: Aufwandsabzugsverbot

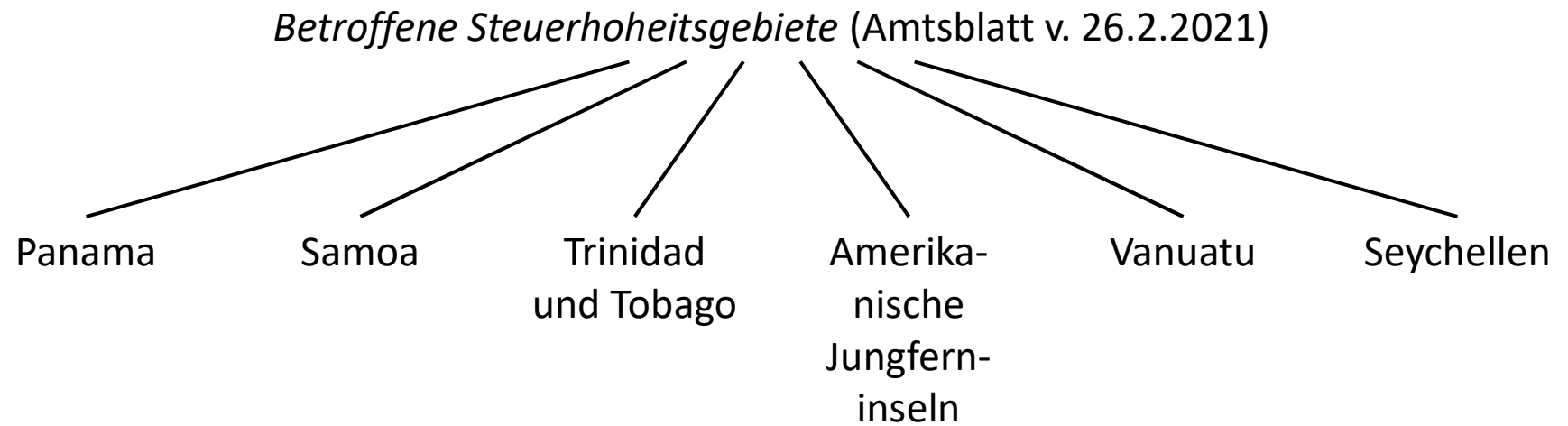


III. Steueroasen-Abwehrgesetz: Aufwandsabzugsverbot




Zuständige Vertreter der EU einigten sich am 15.2.2021 darauf,
Türkei nicht auf die Liste zu setzen.

III. Steueroasen-Abwehrgesetz: Aufwandsabzugsverbot



Zuständige Vertreter der EU einigten sich am 15.2.2021 darauf,
Türkei nicht auf die Liste zu setzen.



IV. Gesetz zur Änderung des GrEStG: Anwen- dungsregelungen

IV. Gesetz zur Änderung des GrEStG: Anwendungsregelungen

1. § 1 Abs. 2a GrEStG – Personengesellschaften

Anteilsübergang von **90 %** (statt: 95 %) innerhalb
von **10 Jahren** nur **auf neue Gesellschafter**

Anwendung erstmals auf
Erwerbsvorgänge, die **nach
dem 1.7.2021** verwirklicht
werden (§ 23 Abs. 18
GrEStG)

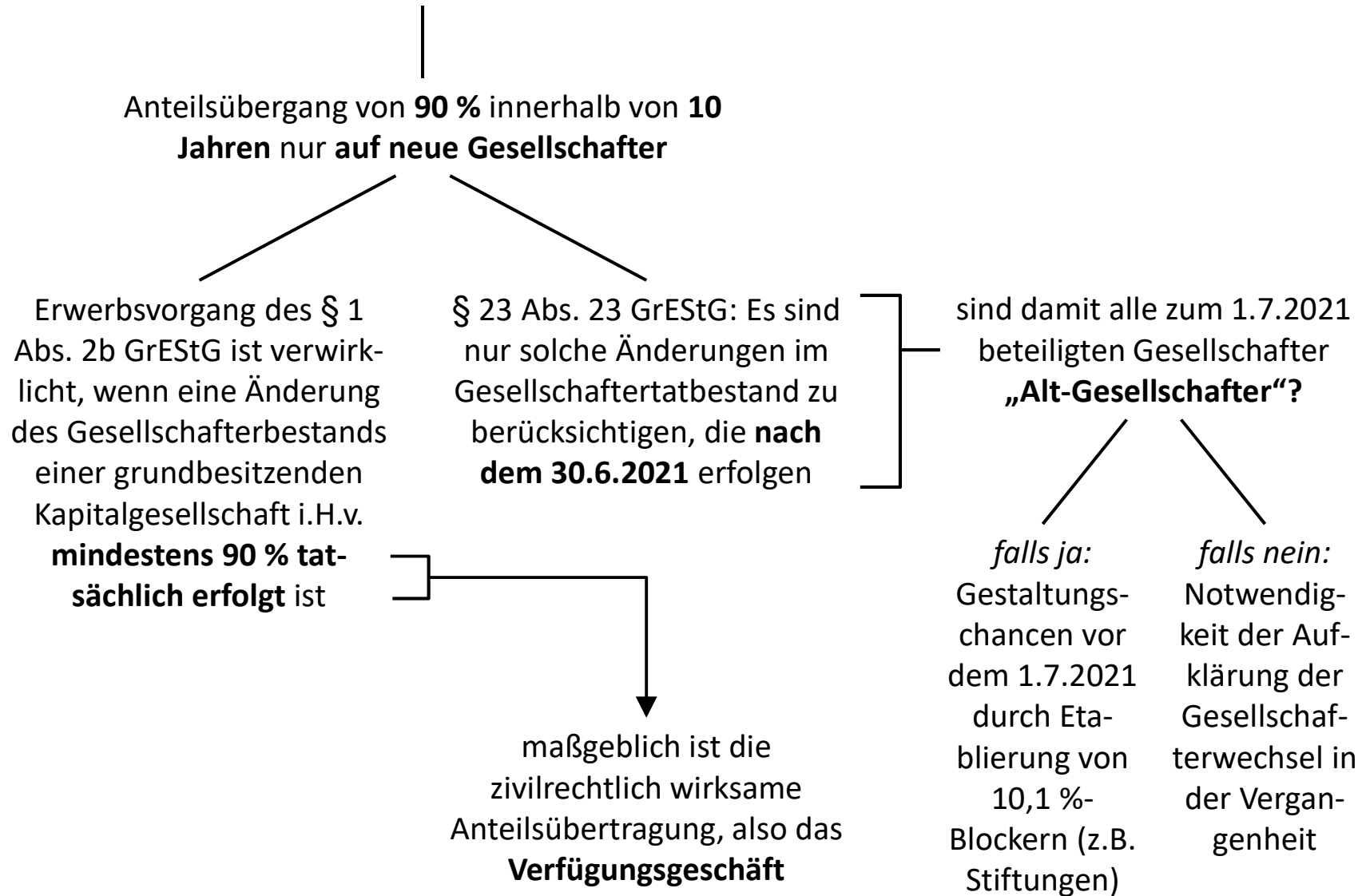
für **Neugesellschafter**
werden Anteilserwerbe
innerhalb des bisherigen
Fünfjahreszeitraums
berücksichtigt

wer am **1.7.2021** den
Status als Neugesellschaf-
ter noch innehat, für den
gilt die Verlängerung der
Frist auf **10 Jahre** (§ 23
Abs. 29 Satz 1 GrEStG)

§ 23 Abs. 20 Satz 1
GrEStG: War vor dem
1.7.2021 innerhalb von
fünf Jahren die **Grenze von
90 %**, nicht aber von 95 %
nicht überschritten wor-
den, so löst weiterer An-
teilsübergang GrESt. nicht
aus (anders, wenn bislang
weniger als 90 % der An-
teile übertragen wurden)

IV. Gesetz zur Änderung des GrEStG: Anwendungsregelungen

2. § 1 Abs. 2b GrEStG – Kapitalgesellschaften




IV. Gesetz zur Änderung des GrEStG: Anwendungsregelungen

3. § 1 Abs. 2c GrEStG – Konzernklausel

begünstigt z.B.
Prime oder
General Standard der
Frankfurter
Börse, nicht
jedoch Open
Market oder
Scale-Segment
für Wachstumsaktion

Ausnahmeregelung für Anteilsübergänge,
die auf Grund eines Geschäfts über die
— Börse, einem *äquivalenten Dritthandelsplatz* —
oder ein *sonstiges multilaterales
Handelssystem (MTF)* erfolgen

zur Zeit nur
USA, Hongkong,
Australien (nicht UK
oder Schweiz)



V. Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz – Trouvailles

V. Abzugsteuerentlastungsmodernisierungsgesetz – Trouvaillen

Vierter Anlauf des Bundesrates
(BR-Drucks. 50/21 [Beschluss] v. 5.3.2021)

Anhebung der
GWG-Grenze in § 6
Abs. 2 EStG auf
1.000 €

Streichung der
Poolabschreibung in
§ 6 Abs. 2a EStG

gescheitert:

BT hat Gesetz ohne diese Änderungen am
5.5.2021 verabschiedet; BR stimmte am
28.5.2021 zu

„Stattdessen“:

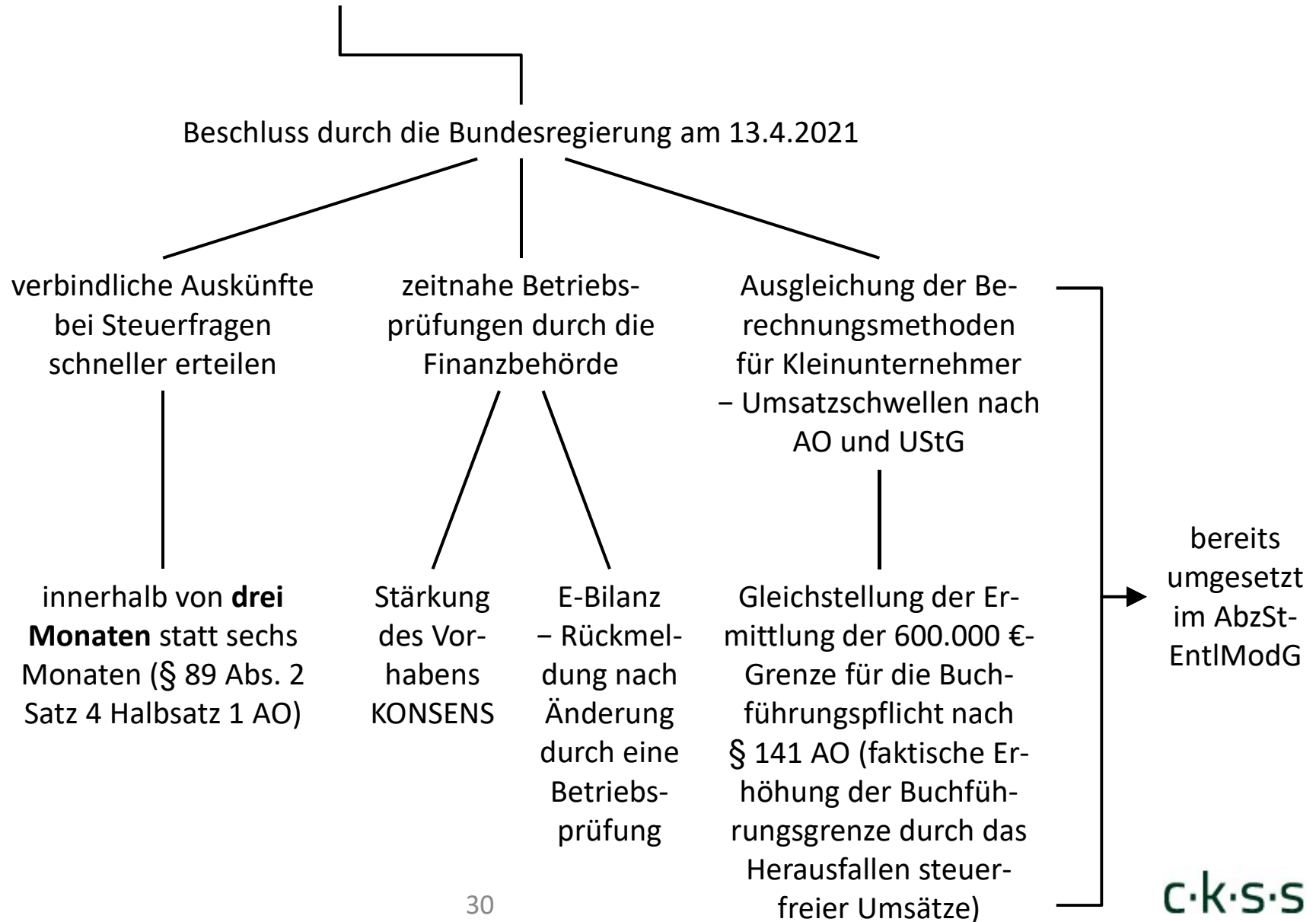
Finanzausschuss hat mit § 2 Abs. 1a
Biersteuergesetz eine Ermäßigung des
Steuersatzes vom 1.1.2021 bis zum
31.12.2022 für Bier aus unabhängigen
Brauereien mit einer Gesamtjahres-
erzeugung von weniger als 200.000
Hektolitern vorgeschlagen, die
verabschiedet worden ist



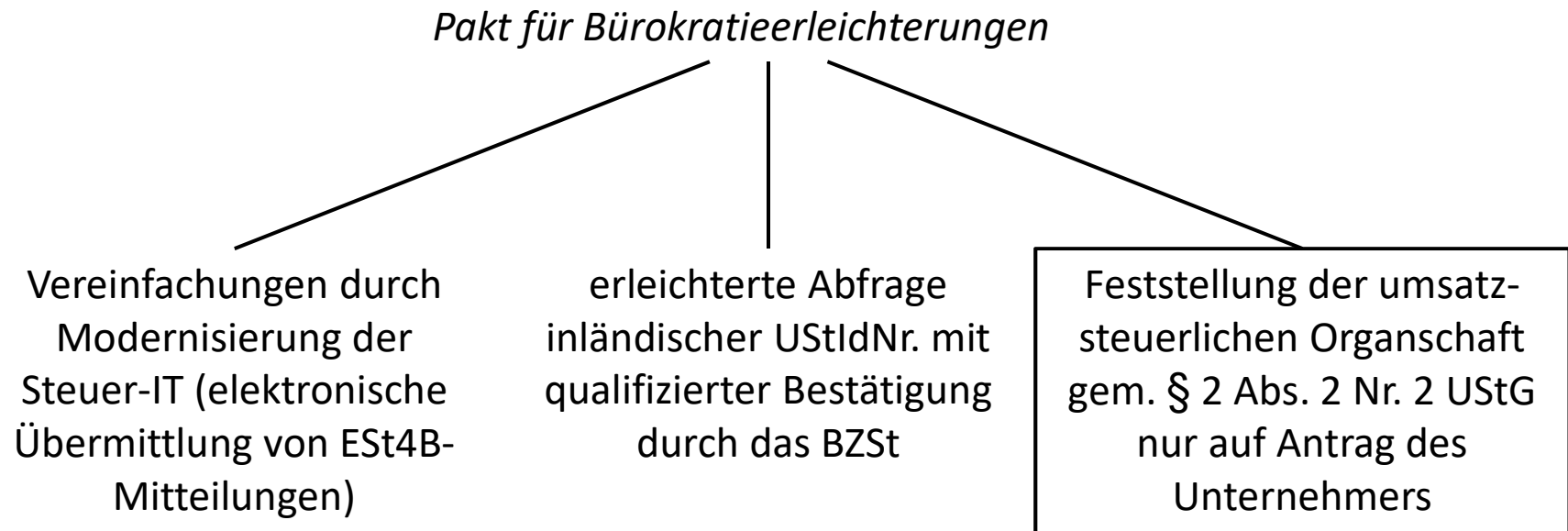
VI. Bürokratieabbau im Steuerrecht

VI. Bürokratieabbau im Steuerrecht

Pakt für Bürokratieerleichterungen



VI. Bürokratieabbau im Steuerrecht



c·k·s·s

Carlé · Korn · Stahl · Strahl
Rechtsanwälte und Steuerberater
Fachanwälte für Steuerrecht

Vielen Dank für Ihre Aufmerksamkeit!

Steuerberater Dr. Martin Strahl

Carlé · Korn · Stahl · Strahl

Rechtsanwälte/Fachanwälte für Steuerrecht/Steuerberater
Partnerschaft



Körsch & Partner

Aachener Straße 1005 · 50858 Köln

Telefon +49 (0)221 50067-135

Telefax +49 (0)221 50067-185

E-Mail ckss@ckss.de